

WNKUWG regt neuen Radweg über vorhandene Wege an

Vorschlag ist eine Alternative zur Vollsperrung der K 18.

WGA
02.10.

Von Solveig Pudelski

Vollsperrung der K 18 oder markierter Radweg? Der Fraktion der WNKUWG erscheinen beide Vorschläge nicht leicht umsetzbar oder praktikabel. Jetzt wendet sie sich mit einem anderen Vorschlag an Bürgermeister Rainer Bleek und an den Technischen Beigeordneten Thomas Marnier: eine alternative Route, die eine Verbindung zwischen Dabringhausen und der Balkantrasse für Radfahrer schaffen könne.

„Die Idee einer Anbindung Dabringhausens an den Panorama-Radweg Balkantrasse und die Forderung, diese schnellstmöglich zu verwirklichen, sind berechtigt und nachvollziehbar“, schreibt die WNKUWG. Die K 18 könne diese Funktion derzeit allein aus Sicherheitsgründen nicht wahrnehmen. „Allerdings dürfte die traditionelle Reaktion auf seine solche Situation – nämlich die Forderung nach einem Rad-Gehweg entlang der K18 – in Anbetracht der räumlichen und topographischen wie auch finanziellen Gegebenheiten zu einer endlosen Geschichte werden.“

Und was aus dem Vorschlag, die K 18 temporär für andere Verkehrsteilnehmer zu sperren, wird, sei kaum abzuschätzen. Der Kreis habe ein Mitspracherecht, wenn es um die Sperrung geht. Außerdem gebe es kontroverse Stimmen zu dem Vorschlag von Bürgern und Politik in Wermelskirchen und Burscheid.



Die WNKUWG regt einen Radweg zwischen Dabringhausen und der Balkantrasse an. Gestrichelte Linie: mögliche Hängebrücke. Plan/Fotos: WNKUWG

„Insofern darf es nicht verboten sein, auch eine unkonventionelle Idee zu äußern“, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Die Strecke zwischen Bechhausen 77 und Asterweg 48 beträgt 1,3 Kilometer. Zwischen den Punkten verlaufen auf der Trasse einer Erdgasleitung recht gradlinig Wirtschaftswege, die auf Bechhauser Seite bis zum Beginn des Gefälles auf 400 Meter Länge asphaltiert sind.

Hängebrücke könnte zum Highlight werden

Daran schließen sich Wegstücke an, die über eine wassergebundene Decke verfügen und bis auf die Querung des Eifgentals und -bachs mittels einer Holzbrücke Fahrzeugbreite

haben. Diese Trasse könne asphaltiert werden.

Aus Sicherheitsgründen sollte die Trasse mit einer Beleuchtung ausgestattet werden, da sie durch unbewohntes Gebiet führt. Ein Highlight könne eine alternative Trassenführung zur engsten Stelle des Tals sein. „Von hier könnte eine Hängebrücke das Tal auf etwa halber Höhe überspannen, dadurch der Streckenführung Steigungen nehmen und ein Ausrufezeichen in der Streckenführung und des gesamten Panorama-Radweg-Netztes setzen.“ Die WNKUWG regt an, dass die Verwaltung die Idee auf ihre Machbarkeit hin überprüft. Außerdem könne sie prüfen, ob Fördermittel fließen könnten.

Ein neuer Radweg zwischen Dabringhausen

Henning Rehse und Dirk Wartmann von der WNKUWG haben einen Alternativschlag zur Vollsperrung der K 18 erarbeitet.

und Balkantrasse?

Die Route geht über vorhandene Wege.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Vollsperrung der K 18 oder markierter Radweg? Der Fraktion der WNKUWG erscheinen beide Vorschläge nicht leicht umsetzbar oder praktikabel. Jetzt wendet sie sich mit einem anderen Vorschlag an Bürgermeister Rainer Bleek und an den Technischen Beigeordneten Thomas Marner: eine alternative Route, die eine Verbindung zwischen Dabringhausen und der Balkantrasse für Radfahrer schaffen könne. Erste Reaktionen auf diesen Denkanstoß fallen nach Angaben der Fraktion durchaus positiv aus.

„Die Idee einer Anbindung Dabringhausens an den Panorama-Radweg Balkantrasse und die Forderung, diese schnellstmöglich zu verwirklichen, sind absolut berechtigt und nachvollziehbar“, schreibt die WNKUWG. Die K18 könne diese Funktion derzeit allein aus Sicherheitsgründen nicht wahrnehmen. „Allerdings dürfte die traditionelle Reaktion auf seine solche Situation – nämlich die Forderung nach einem Rad-Gehweg entlang

BM
02.10.

Die WNKUWG regt eine neue Radwegeverbindung zwischen Dabringhausen und der Balkantrasse vor. Die gestrichelte Linie zeigt die Stelle für eine mögliche Hängebrücke.

PLAN/FOTOS: WNKUWG

der K18 – in Anbetracht der räumlichen und topografischen wie auch finanziellen Gegebenheiten zu einer endlosen Geschichte werden.“ Und was aus dem Vorschlag, die K18 temporär für andere Verkehrsteilnehmer zu sperren, am Ende des Tages wird, sei kaum abzuschätzen. Der Kreis habe ein Mitspracherecht, wenn es um die Sperrung einer klas-

sifizierten Verbindungsstraße geht. Außerdem gebe es durchaus kontroverse Stimmen zu dem Vorschlag aus Bürgerschaft und Politik in Wermelskirchen wie auch Burscheid. „Insofern darf es nicht verboten sein, auch eine unkonventionelle Idee zu äußern, die im Rahmen einer umfänglichen Wanderung zwischen Bechhausen und Dabring-

hausen entstanden ist“, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Die Strecke zwischen Bechhausen 77 (Planskizze) und Asterweg 48 beträgt 1,3 Kilometer. Zwischen beiden Punkten verlaufen auf der Trasse einer Erdgasleitung (im Plan: orange Linie) relativ gradlinig Wirtschaftswege, die auf Bechhauser Seite bis zum Beginn des Gefälles





Der Streckenabschnitt zwischen Bechhausen und Asterweg ist teilweise asphaltiert.

auf 400 Meter Länge asphaltiert sind (Foto: Mitte). Daran schließen sich Wegstücke an, die über eine wasser-gebundene Decke (Foto rechts) verfügen und bis auf die Querung des Eifgentals und Eifgenbachs mittels einer Holzbrücke Fahrzeugbreite haben. Diese Trasse könne mit relativ einfachen Mitteln komplett asphaltiert werden.

Aus Sicherheitsgründen sollte die Trasse mit einer Beleuchtung ausgestattet werden, die Mindeststandards erfüllt, da sie durch unbewohntes Gebiet führt. Ein Highlight



Teilweise haben die Wege auf der Route eine gebundene Decke in Fahrzeugbreite.

könne eine alternative Trassenführung zur engsten Stelle des Tals sein. „Von hier könnte eine Hängebrücke das Tal auf etwa halber Höhe überspannen, dadurch der Streckenführung Steigungen nehmen und ein Ausrufezeichen in der Streckenführung und des gesamten Panorama-Radweg-Netzes setzen.“

Die WNKUWG regt an, dass die Verwaltung die Idee auf ihre Machbarkeit hin überprüft. Außerdem könne sie prüfen, Fördermittel insbesondere für die Brücke fließen könnten.

Sprachkorsett für den Stadtrat

Ehrenkodex

Und wieder durfte der Leser der Bergischen Morgenpost erfahren, dass Jochen Bilstein sein derzeitiges Lieblingsthema vorantreiben will: der Ehrenkodex. Nur diesmal hat das Projekt einen anderen Namen.

Letztlich will Bilstein dem kompletten Rat unserer Stadt ein Sprach- und Denkkorsett überstülpen, das ihn zu seiner privaten Denkweise verpflichtet. Hierzu gehört auch die Verächtlichmachung unseres Volkes und unserer Kultur („volkstümelnd“).

Der „global compact for migration“ schreibt bekanntlich eine positive Denkweise und Berichterstattung über das Flüchtlings- und Migrationsthema vor. Hier ist Bilstein offensichtlich voll im Rennen. Es bleibt zu hoffen, dass die Ratsmitglieder das durchschauen. Anständige Menschen brauchen kein betreutes Denken.

Rainer Ising, Hauptstr. 2a

Fraktionen lehnen Antrag zu Rehse ab

Der Rat habe sich vor allem auf städtische Belange zu konzentrieren, lautete das Hauptargument.

Von Anja Carolina Siebel

WGA 09.10

Jochen Bilstein wollte ein Zeichen setzen. Das betonte er in seiner Ansprache vor den Ratsmitgliedern im Bürgerzentrum. Sein Antrag zu „Öffentlichen Kommunikationsformen und Sprachverwendungen“ von Mandatsträgern, unter anderem in sozialen Netzwerken wie Facebook, lehnte mit AfD, BüFo, CDU, FDP und WNK/UWG aber die Mehrheit des Rates ab.

Anlass zu seinem Antrag hatten Bilstein Äußerungen des WNK/UWG-Vorsitzenden Henning Rehse im Netzwerk Facebook gegeben, die Bilstein als „massiv fremdenfeindlich“ eingestuft hatte. „Der Rat verurteilt jedwede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, lautet eine Passage des SPD-Antrages. Und: „Der Rat der Stadt verurteilt ausdrücklich den Gebrauch einer Sprache, die darauf gerichtet ist,



Henning Rehse hatte im Netz Äußerungen veröffentlicht, die SPD und Grüne als fremdenfeindlich einstufen.

Archivfoto: Roland Keusch

politische Gegner und Minderheiten zu verunglimpfen und verächtlich zu machen.“

Stefan Janosi (Grüne) unterstützte den Antrag. „Sprache ist in den seltensten Fällen justiziabel“, betonte der Grünen-Politiker. Es gehe vielmehr um Anstand, Ehrbarkeit, Respekt. Und es gehe um Werte. „Ande-

re Parteien“, so Janosi, würden es vermeiden, im Netz Hassbotschaften zu verbreiten. Auch Horst Schenk (FÜR) stimmte mit seiner Fraktion für den Antrag: „Das Interesse an der Diskussion zeigt, dass sie wichtig ist. Wir sollten ein Zeichen setzen.“ Gleichwohl sie sich gegen Hetze, Diffamie-

rung und jede Form von Rassismus aussprachen, konnten Oliver Platt (BüFo) und Dr. Christian Klicki (CDU) dem Antrag indes nicht zustimmen. Es gehe im Gremium vor allem um städtische Belange. Klicki merkte zudem an: „Im Antrag vermissem ich den Wunsch, auch linker Hetze Einhalt zu gebieten.“

Podiumsdiskussion wäre für die CDU die richtige Plattform

Klicki berief sich auf einen Vorschlag, der im Ältestenrat bereits besprochen worden sei: „Das Ganze in einer Podiumsdiskussion noch mal aufzurollen, das wäre die richtige Plattform für eine solche Debatte. Der Rat sollte diese Plattform aber nicht bieten.“

Rehse selbst äußerte unter anderem: „Wer mit Äußerungen Probleme hat, dem stehen die bestehenden juristischen Instrumentarien zur Verfügung.“

Rat lehnt Sprach-Reglementierung ab ^{BM} 09.10.

Es gibt keine Vereinbarung über gemeinsame öffentliche Sprachverwendungen. Die SPD-Fraktion hatte einen Beschlussvorschlag vorgelegt; andere Fraktionen fühlten sich davon überrumpelt, weil anderes besprochen war.



Karl Springer (ganz links am Einzeltisch) forderte die Ratsmitglieder auf, die Nationalhymne zu singen.

FOTO: UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Der Rat ist gespalten. Jedenfalls in der Frage, wie man als Ratsmitglied mit der Sprache in den sozialen Medien umgeht. Die einen wollen klare Richtlinien für jedes Ratsmitglied, die anderen eigenverantwortlich handeln. Die Richtlinien hat die SPD-Fraktion erarbeitet und fand Unterstützung bei FÜR, Linke, Grünen und dem Bürgermeister; die Mehrheit von CDU, Büfo, FDP, WNKUWG und AfD wollte das nicht. Die Debatte vor der Abstimmung war dann schon bezeichnend über das jeweilige Verständnis.

Facebook-Äußerungen vor allem von Henning Rehse (WNKUWG) hatten im Juli zu einem Proteststurm geführt; im Ältestenrat wurde darüber debattiert, man wollte gemeinsam Vorschläge zu Verhaltensregeln für Mitglieder im Umgang miteinander und zu Äußerungen außerhalb von Sitzungen erarbeiten. Das schien der SPD nicht schnell genug; sie preschte mit einem eigenen, sechs Punkte umfassenden Antrag vor. Und schien einige damit vor den Kopf zu stoßen.

Laut SPD geht es um die „beson-

dere Verantwortung für die politische Kultur in der Stadt“, die den politischen Parteien und ihren Vertretern zukomme. Die SPD befürchtet eine „schleichende Destabilisierung unserer Demokratie durch rechtsextreme und völkisch-nationale Gruppen, Parteien und Medien sowie der Sprachverwendungen, die von Beleidigungen und Herabwürdigungen geprägt“ seien.

Jochen Bilstein (SPD) betonte, dass der Antrag kein Angriff auf die Meinungsfreiheit sei. Aber: „Die AfD benutzt eine Sprache, die von der NS-Sprache nicht zu unterscheiden ist.“ Man müsse sensibel sein, wenn man sozialen Netzwerken begegne – er nannte die Gruppe #Hubraum, in der auch Henning Rehse sich geäußert haben soll – „die wurde wenig später gesperrt“.

Die moderate Rhetorik im Rat habe sich langsam geändert, empfand Stefan Janosi (Grüne). „Es geht um Anstand, Ehrlichkeit und Respekt.“ Die digitale Welt der örtlichen Parteien komme ohne Beleidigungen aus – lediglich AfD und WNKUWG diffamierten. Bürger schrecke dies ab. „Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Wer das ausnut-

INFO

AfD-Springer will die Nationalhymne singen

Vorschlag Er sieht sich als „Aktivist der bürgerlichen Mitte“: Karl Springer, AfD-Ratsmitglied. Nach der Debatte über öffentliche Kommunikationsformen trat er unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ noch einmal ans Rednerpult und forderte die Ratsmitglieder auf, mit ihm die Nationalhymne zu singen – zur „Eini-gung des Stadtrates“.

Redaktion Großes Unverständnis im Saal; Hauptamtsleiter Jürgen Scholz stellte dann klar: Aus formalen Gründen könne unter dem Tagesordnungspunkt kein Antrag gestellt werden. Deshalb müsse das Ansinnen von Springer abgelehnt werden. Zudem sei der Rat nicht zuständig – das Absingen der Nationalhymne habe keinen örtlichen Bezug. Und damit habe der Rat auch nicht zu entscheiden, ob die Hymne gesungen werden dürfe.

ze für Hass-Polemik, sei verantwortlich für die Spaltung der Gesellschaft und die Radikalisierung.“

Verwundert sei er über den Antrag der SPD, sagte Karl Springer (AfD): „Wir können die öffentliche Meinung nicht beeinflussen.“ Er lehne es ab, dass andere über seine Ausdrucksweise entscheiden würden. „Ich verbiete mir die Einmischung der SPD.“ Es gebe Gesetze, um Beleidigungen und Empfindsamkeiten zu beugen.

Was im Netz passiere, sei gruselig, erklärte Oliver Platt (Büfo). Aber er warnte vor einer Debatte: „Wir lassen uns anstecken und geben Links und Rechts eine Plattform.“ Er verwies auf den gesunden Menschenverstand, wonach gehandelt werden sollte.

Horst Walter Schenk (FÜR) hielt diesen Antrag für wichtig: „Anstand, Ehrlichkeit und Fairness – warum werden diese Werte nicht vom bürgerlichen Lager ins Spiel gebracht?“ Dieser Antrag sei ein öffentlicher Appell, dass diese Werte wichtig seien.

Als „etwas einseitig geschrieben“ stufte Christian Klicki (CDU) den SPD-Antrag ein. Ihm fehlten klare

Worte gegen „linke Aktivisten, die zu Gewalt aufrufen“. Wenn es so einen Antrag gäbe, das wäre richtig. Zudem kritisierte er, dass im Ältestenrat im August vereinbart wurde, gemeinsam einen Antrag zu schreiben. „Ich habe jetzt den Eindruck einer politischen Profilierung.“ Seiner Ansicht nach sei der Rat für diesen Antrag nicht zuständig. Rehse's Äußerungen seien oft grenzwertig, aber „die müssen politisch bekämpft werden“. Sollte es in den sozialen Medien negative oder missbilligende Äußerungen geben, müsse man zusammenstehen und dagegen vorgehen – „dafür gibt es das Strafgesetzbuch“, sagte Klicki.

Zum Abschluss polterte Henning Rehse in seiner unnachahmlichen Art: Er sprach von Ökodiktatur, von einer SPD in der Rolle des willfährigen Büttels, von den Grünen und der Kanzlerin, die zur Spaltung Deutschlands beitrügen. Er und auch viele andere Deutsche wollen nicht dieses „merkwürdig bunte Deutschland“, wie es sich die Grünen vorstellen. Dagegen werde er kämpfen – im Wahlkampf: „Es geht mir um das Streiten und Werben für demokratische Mehrheiten.“

Anwohner stören die Tauben

WG A
11.10.

WNKUWG-Fraktion fordert erneut ein Taubenhaus für die Stadt. 2015 war das abgelehnt worden.

Von Udo Teifel

In den sozialen Netzwerken wird diskutiert und debattiert: „Wir haben ein Taubenproblem“, heißt es da. Und Fotos verdeutlichen, dass es tatsächlich viele Tauben gibt in der Stadt.

Jetzt hat sich das vermeintliche Taubenproblem in Wermelskirchen vom Bürgerzentrum zum Busbahnhof verlagert. Und dort werden die Tauben offenbar, trotz Verbot, weiter von Unbekannten gefüttert. Darauf macht jetzt die WNK/UWG-Fraktion in einem Schreiben an den Bürgermeister aufmerksam.

Vorsitzender Stefan Kind sei von vielen Bürgern auf die Situation rund um den Busbahnhof angesprochen worden. Aufgrund der Vielzahl von Tauben in den Bereichen Rathaus und Busbahnhof frag-

te er den Bürgermeister nach der Einhaltung der städtischen Satzungen.

Eine Verursacherin ist der Stadt wohl bekannt

Kind: „Die Fütterung von Tauben steht heute in Wermelskirchen unter Strafe. Eine Verursacherin ist der Fraktion, aber auch der Stadt bekannt. Von städtischer Seite erfolgen aber keine Sanktionen.“

Dies sei nach Meinung von Stefan Kind „ein Schlag ins Gesicht aller rechtschaffenen Bürger“. Nach seiner Einschätzung werde die Taubenfütterin immer dann tätig, wenn die durch die Uniformen deutlich erkennbaren Mitarbeiter des Ordnungsdienstes nicht im Einsatz seien.

Da in der Nachbarschaft des Busbahnhofs eine Kindertagesstätte angesiedelt sei, sollte

TAUBENABWEHR

TIPP Glitzernde und bewegliche Gegenstände wie z. B. im Wind schwingende Aluminiumstreifen oder aufgehängte CDs schaffen für die ersten Wochen Ruhe. Die Position der Windspiele muss allerdings regelmäßig geändert werden, da sich die Tauben sonst zu schnell an den fremden Anblick gewöhnen. Gleiches gilt für Plastikkrabben, auch Taubenschreck genannt.

man hier besonders sensibilisiert sein. Denn: „Taubenkot ist sehr gesundheitsgefährlich.“ Bürgermeister Rainer Bleek antwortete Kind, dass es zwei amtsinterne Vermerke aus 2017 gebe, dass eine namentlich bekannte Frau Tauben füttere.

Damals bestand aber kein Taubenfütterungsverbot. Nach der Einführung des Taubenfütterungsverbots 2018 sei der Stadt ein unscharfes Foto einer

Frau zugeleitet worden, die im Bereich Aldi/Bahnhof füttere. Bleek: „Nach dem Abgleich mit dem Passbild der Frau kommt die Stadt zu dem Schluss, dass es sich um die bekannte Taubenfütterin handelt.“ Mehrere, teils anonyme Hinweise seien stets ohne Person erfolgt.

Auch das Ordnungsamt habe bisher keine Person getroffen, die aktiv und gezielt Futter verstreute. Wohl aber hätten Mitarbeiter gelegentlich mündliche Verwarnungen ausgesprochen gegenüber Personen, die Brötchen in einzelne Stücke zerrissen und verteilt hätten.

Infos über eine Taubenplage lägen dem Ordnungsamt nicht vor Personalien wurden aber laut Bleek nicht aufgenommen. Andere Hinweise hat das Ordnungsamt nicht, teilt der Bürgermeister mit.

Informationen über eine Taubenplage lägen dem Ordnungsamt nicht vor. „Gezielte Maßnahmen gegen die Taubenpopulationen durch das

Ordnungsamt werden „folglich weder durchgeführt noch seien Maßnahmen geplant“, schreibt Bleek dem Kommunalpolitiker.

Gesundheitsgefahren für Kinder sieht auch der Bürgermeister nicht. Bei ihm hat sich die Betreiberin der Kindertagespflege Spielraum gemeldet und erklärt, dass die Tagespflege von etwaigen Verschmutzungen durch Taubenkot weitestgehend nicht betroffen sei. Dennoch fordert die WNK/UWG die Stadt und die Politiker zum Handeln auf.

Denn der bereits im Jahr 2015 abgelehnte Antrag auf Errichtung eines Taubenhauses wird erneut gestellt, kündigte Stefan Kind angesichts der aktuellen Situation an. „Im Taubenhaus wird versucht, die Taubenpopulation einzudämmen, indem die Eier gegen Gipseier ausgetauscht werden.“ Außerdem sollten die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes „abends und an Wochenenden“ kontrollieren.



Zahlreiche Tauben bevölkern ein Dach am Busbahnhof in Wermelskirchen.

Foto: WNK/UWG

Jetzt große Taubenplage am Busbahnhof ^{BM 11.10.}

WNKUWG-Fraktion fordert erneut ein Taubenhaus für die Stadt. 2015 war das abgelehnt worden.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Das Taubenproblem in Wermelskirchen hat sich vom Bürgerzentrum zum Busbahnhof verlagert. Und dort werden die Tauben, trotz Verbot, weiter von Unbekannten gefüttert. Darauf macht jetzt die WNKUWG-Fraktion in einem Schreiben an den Bürgermeister aufmerksam.

Vorsitzender Stefan Kind war von vielen Bürgern auf die Situation rund um den Busbahnhof angespro-

chen worden. Aufgrund der Vielzahl von Tauben in den Bereichen Rathaus und Busbahnhof fragte er den Bürgermeister nach der Einhaltung der städtischen Satzungen. Kind: „Die Fütterung von Tauben steht heute in Wermelskirchen unter Strafe. Eine Verursacherin ist der Fraktion, aber auch der Stadt bekannt. Von städtischer Seite erfolgen aber keine Sanktionen.“ Dies sei nach Meinung von Stefan Kind „ein Schlag ins Gesicht aller rechtschaffenen Bürger“. Nach seiner Einschätzung wer-

de die Taubenfütterin immer dann tätig, wenn die durch die Uniformen deutlich erkennbaren Mitarbeiter des Ordnungsdienstes nicht im Einsatz seien.

Da in der Nachbarschaft des Busbahnhofs eine Kindertagesstätte angesiedelt sei, sollte man hier besonders sensibilisiert sein. Denn: „Taubenkot ist sehr gesundheitsgefährlich.“

Bürgermeister Rainer Bleek antwortete Kind, dass es zwei amtsinterne Vermerke aus 2017 gebe, dass eine namentlich bekannte Frau Tauben füttere. Damals bestand aber kein Taubenfütterungsverbot. Nach der Einführung des Taubenfütterungsverbots 2018 sei der Stadt ein unscharfes Foto einer Frau zugeleitet worden, die im Bereich Aldi/Bahnhof füttere. Bleek: „Nach dem Abgleich mit dem Passbild der Frau kommt die Stadt zu dem Schluss, dass es sich um die bekannte Taubenfütterin handelt.“ Mehrere, teils anonyme Hinweise seien stets ohne Person erfolgt. Auch das Ordnungsamt habe bisher keine Person angetroffen., die aktiv und gezielt Futter verstreute. Wohl aber hätten Mitarbeiter gelegentlich mündliche Verwarnungen ausgesprochen gegenüber Personen, die Brötchen in einzelne Stücke zerris-

sen und verteilt hätten. Personalien wurden aber laut Bleek nicht aufgenommen. Andere Hinweise hat das Ordnungsamt nicht, teilt der Bürgermeister mit.

Informationen über eine Taubenplage lägen dem Ordnungsamt nicht vor. „Gezielte Maßnahmen gegen die Taubenpopulationen durch das Ordnungsamt werden „folglich weder durchgeführt noch seien Maßnahmen geplant“, schreibt Bleek dem Kommunalpolitiker.

Gesundheitsgefahren für Kinder sieht auch der Bürgermeister nicht. Bei ihm hat sich die Betreiberin der Kindertagespflege Spielraum gemeldet und erklärt, dass die Tagespflege von etwaigen Verschmutzungen durch Taubenkot weitestgehend nicht betroffen sei.

Dennoch fordert die WNKUWG die Stadt und die Politiker zum Handeln auf. Denn der 2015 abgelehnte Antrag auf Errichtung eines Taubenhauses wird erneut gestellt, kündigte Stefan Kind angesichts der aktuellen Situation an. „Im Taubenhaus wird versucht, die Taubenpopulation einzudämmen, indem die Eier gegen Gipseier ausgetauscht werden.“ Außerdem sollten die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes „abends und an Wochenenden“ kontrollieren.



Ist das keine Taubenplage? Die Tiere bevölkern das Dach eines Hauses am Busbahnhof.

FOTO: KIND

Rehse wehrt sich ^{BM 12.10.} gegen Vorwurf

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Henning Rehse (WNKUWG) wehrt sich gegen den Vorwurf von Jochen Bilstein (SPD), dass er in den Facebook-Gruppe „Fridays for Hubraum“ kommentiert habe. „Von mir gibt es keine Äußerungen in der Gruppe“, sagt er. Er sei von Dritten außerhalb von Wermelskirchen eingeladen worden in diese Gruppe; diese Einladung habe er angenommen und das lediglich auf seiner Facebook-Chronik mitgeteilt. „Bilsteins Behauptung, die Gruppe wurde gesperrt, ist auch falsch“, so Rehse: „Die Zeiten der Kommentare wurden begrenzt, damit die Admins die Kommentare kontrollieren können und Auswüchse nicht zulassen.“

WNK/UWG hat Fragen zum „Gewerbesteuer-Dumping“

WGA
25.10.

Fraktion befürchtet Nachteile für Kommunen mit hohem Hebesatz.

Von Solveig Pudelski

Geraten Städte ins Hintertreffen oder sogar in Finanznöte, weil einige Kommunen die Gewerbesteuersätze drastisch senken, somit für Unternehmen attraktiv werden und eine Abwanderungswelle einsetzen könnte?

Die Fraktion der WNK/UWG beobachtet das „Gewerbesteuer-Dumping“ in Monheim, Leverkusen und Langenfeld mit großer Sorge, weil Kommunen mit hohem Hebesatz in Zugzwang geraten, sich aber eine Absenkung der Steuer gar nicht leisten können. Die Fraktion stellt daher eine größere Anfrage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Dezember.

Wie berichtet, hat die Stadt Monheim Maßstäbe gesetzt, indem sie den Hebesatz auf 250 Punkte absenkte. Unternehmen werden dadurch ange lockt, weil sie Steuern sparen. In der Summe sprudelt die Steuerquelle. Der Haushalt in Monheim hat ein ordentliches Plus. Nun wollen andere Städte sich auch einen solchen Wettbewerbsvorteil sichern. Das wiederum rief etwa 30 Städte auf den Plan, die gegen ein Gewerbesteuer-Dumping Sturm laufen. Sie haben die so genannte „Zonser Erklärung“ unterschrieben, die als Auftakt für ein bundesweites Vorgehen gegen Gewerbesteuer-Dumping gesehen wird.



Bürgermeister Rainer Bleek hatte im Juli die Erklärung für die Stadt Wermelskirchen unterzeichnet. Archivfoto: Roland Keusch

Auch Bürgermeister Rainer Bleek hatte im Juli die Erklärung für Wermelskirchen unterzeichnet. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer liegt in Wermelskirchen bei 465 Punkten.

Könnte die Stadt auch anderweitig punkten?

„Was ist, wenn das Thema doch weitere Kreise in den Rheinisch-Bergischen-Kreis zieht?“ fragt nun die WNK/UWG. „Brauchen wir für diesen Fall einen Plan B?“

Nach Aussagen Bleeks würde ein Absenken des Hebesatzes auf 250 Prozentpunkte ein Minus von etwa zehn Millionen Euro für Wermelskirchen bedeuten. Die WNK/UWG wünscht sich nun Rechenbe-

spiele: Wie viele neue Firmen müssten sich in Wermelskirchen niederlassen, damit das Minus bei einem Hebesatz von 250 Prozentpunkten ausgeglichen werden kann? Wie viel neue Gewerbefläche wäre dazu notwendig? Hierzu könne ein Durchschnittswert aller Firmen verwendet werden.

Es stelle sich die Frage, wie groß die Gewerbeflächenreserve in Wermelskirchen noch ist. Und wie seien die Kaufpreisunterschiede für Gewerbeflächen und die Mietpreise für Büroflächen zwischen Wermelskirchen und den oben genannten Kommunen an der Rheinschleife? Mit welchen Alleinstellungsmerkmalen könnte Wermelskirchen punkten?



Der Kunstrasen im Eifgen und beim Dabringhauser TV musste von den Mitgliedern weitgehend selbst finanziert werden.

Foto: Roland Keusch

WNK/UWG: Vereine nicht benachteiligen

Walter Thiel von der Fraktion spricht sich klar für den Jugendfreizeitpark aus. Allerdings hätte es auch eine kleinere Version sein können.

Von Anja Carolina Siebel

Walter Thiel möchte sich für seine Fraktion erklären. Hatte es doch in der Vergangenheit Unstimmigkeiten zwischen den Ortspolitikern zum Thema Jugendfreizeitpark gegeben. „Wir werden immer wieder als Verhinderer dargestellt, aber das sind wir nicht“, sagt Thiel.

Im Gegenteil sei die WNK/UWG „sehr daran interessiert“, etwas für die Jugendlichen zu tun. „Aber es hätte eben eine Nummer kleiner sein können“, findet Walter Thiel, der auch im Vorstand des Wermelskirchener TV aktiv ist. „Die Vereine mussten ja zu den Kunstrasen-Projekten auch einen ganzen Batzen Geld zusteuern“, zieht das WNK/UWG-Mitglied einen Vergleich. „Und im Eifgen mussten wir uns sogar mit der abgespeckten Version zufriedengeben. Es gibt nämlich

keine vierte Laufbahn, so dass wir nie Leichtathletik-Meisterschaften werden ausrichten können.“

WFA
„Das ist Äpfel mit 30.10.
Bananen vergleichen.“

Rainer Bleek, Bürgermeister,
zu den Vorwürfen der WNK/UWG

Im Gegenteil sei aber der Jugendfreizeitpark „immer teurer“ geworden. Thiel: „Zuerst wollte man die abgespeckte Version, später dann gingen die Erwartungen nach oben.“ Die WNK/UWG fordert deshalb mehr Engagement von den Beteiligten. „Vor allem von der Stadtverwaltung“, sagt Thiel. „Denn Vereine wie Rollrausch oder auch der CVJM sind natürlich auf lokaler Ebene zu klein, um viel beisteuern zu können. Aber die, die das Geld

SPENDEN

UMSATZ Mehr als 50 Wermelskirchener Händler und Gastronomen schließen sich am Freitag, 8. November, zusammen und gestalten gemeinsam den 1. Umsatzspendentag der Stadt ein. Das heißt: Mindestens ein Prozent ihres Umsatzes landet an diesem Tag in dem Spendenpotopf, in dem seit Monaten für den Eigenanteil der Stadt an dem Projekt Geld gesammelt wird.

versprochen haben, müssen es jetzt auch beisteuern.“

Bürgermeister Rainer Bleek versteht die Aufregung nicht: „Die Spendenaktion für den Park ist in vollem Gange“, erinnert das Stadtoberhaupt. „Engagement von unserer Seite ist also da.“ Zudem sei der Vergleich mit den Sportplätzen nicht korrekt: „Das ist Äpfel mit Bananen vergleichen“, sagt Bleek. Für die Sportler tun wir einiges. Zum Beispiel ha-

ben wir jüngst die Hallennutzungsgebühren abgeschafft.“ Zudem hätten speziell die Kunstrasenplätze ein völlig anderes Finanzierungskonzept. „Weil wir eine Stadt in der Haushaltssicherung sind, müssen wir eine gewisse Wirtschaftlichkeit nachweisen. Das machen wir dann eben über den Eigenanteil der Vereine. Ohne diesen Zuschuss wäre die Fertigstellung der Plätze gar nicht möglich gewesen.“

Bau des Freizeitparks falle unter die Rubrik „Jugendförderung“

Der geplante Bau des Jugendfreizeitparks im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept falle dagegen unter die Rubrik „Jugendförderung“. „Und auch hier werden ja große Summen durch Spenden aufgebracht.“

Frank Kaluscha, Grünenpolitiker und aktiv beim AJZ Bahndamm, wo sich die Wermelskirchener Skater bisher immer trafen, hatte sich bereits zu der Kritik der WNK/UWG geäußert. Er findet, dass

es völlig rechtens sei, den Jugendfreizeitpark in Zenshäuschen so zu gestalten, wie es geplant ist. Immerhin hätten die Jugendlichen lange genug auf die Umsetzung gewartet.

„Nicht die WNK/UWG sondern wir, die beteiligten Vereine, haben durch eine gute Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen, dass der Jugendfreizeitpark mit als erstes Projekt des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes umgesetzt werden kann“, sagt Kaluscha. „Natürlich sind wir aufgrund der schlechten Haushaltssituation bereit, uns an der Finanzierung zu beteiligen. Trotzdem wäre es für mich unverständlich, wenn die bewilligten Fördergelder aufgrund einer Finanzierungslücke zurückgegeben würden. Wenn dem Vorsitzenden der WNK/UWG der Freizeitpark wirklich wichtig wäre, dann soll er doch Einsatz zeigen und nicht nur reden.“

» Standpunkt

STANDPUNKT

Nicht lamentieren, machen!

Von Anja Carolina Siebel

Im Grunde ist es gegessen. Der Jugendfreizeitpark ist geplant und fast schon in der Umsetzung. Stadtverwaltung und Vereine betreiben längst Akquise, um möglichst viel Geld für den Bau des Parks in Zenshäuschen zusammen zu bekommen. Und das ist gut so. Denn seit es die Skate-Anlage von Rollrausch am jetzigen Aldi an der Thomas-Mann-Straße nicht mehr gibt, sind nicht nur die Skater quasi heimatlos. Es gibt auch sonst wenig Möglichkeiten für Jugendliche, sich draußen aufzuhalten und dabei sportlich aktiv zu sein. Die neue Skate-Anlage mit Multifunktionsfeld soll das bieten. Es gab bereits vorab schon viele Diskussio-

nen über das Für und Wider des groß angelegten Parks. Aber nun sind die Würfel im Grunde gefallen. Warum es jetzt noch Bedenken gibt, ist eigentlich unverständlich. Denn sollte es nicht eigentlich darum gehen, so viel wie möglich daran zu setzen, den Park, so, wie er gewünscht ist, zu realisieren? Viele Wermelskirchener sehen das genauso und spenden inzwischen eifrig mit. Also: Nicht lamentieren, machen!

» WNK/
UWG: ...



anja.siebel
@rga-online.de